Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 4 (1963)

Heft: 6

Artikel: Hintergründe des Spannungsverhältnisses Peking-Moskau (I)

Autor: Ostrowska, N.v.

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1076843

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Politik

Ungarn

Wahlen

Am 24. Februar finden in Ungarn die Wahlen der neuen Nationalversammlung und der lokalen Räte statt. Erstmals seit der kommunistischen Machtübernahme werden einige Prozent der Kandidaten auf der Einheitsliste nicht dem ursprünglichen Vorschlag der KP oder der von ihr gelenkten «Patriotischen Volksfront» entsprechen.

Tatsächlich wurden auf den Wahlversammlungen, wo die Kandidaturen gewöhnlich von den Bürgern unbesehen ratifiziert werden müssen, verschiedentlich Wahlvorschläge zurückgewiesen, die von der Partei ausgearbeitet worden waren. Nach einer Angabe Kadars (Wahlrede vom 29. Januar) «wurden in 3800 Fällen die ursprünglichen Volksfrontkandidaten durch andere ersetzt». (Es sind rund 107 000 Räte der unteren Stufe zu wählen.) Laut anderen Quellen, unter anderem der offiziellen KP-Zeitung «Nepszabadsag», gab es «in fast allen Bezirken» eine oder mehrere Streichungen durch die Volksversammlung.

Die Wahlvorschläge werden von den jeweiligen örtlichen Organisationen der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei (= KP) ausgearbeitet. Auf den Wahlversammlungen können die vorgeschlagenen Kandidaten abgelehnt werden, worauf sich die vorbereitenden Instanzen um neue Kandidaten bemühen müssen. Dass aber die Bürger von dieser theoretischen Vetomöglichkeit jetzt in wenigstens 3800 Fällen auch praktischen Gebrauch gemacht haben, ist nicht nur für Ungarn, sondern für den ganzen Ostblock praktisch einmalig. (In Polen allerdings ermöglicht das kontrollierte Mehrparteiensystem echtere Wahlen.)

Die Wahl selbst ist dann freilich wieder streng einheitlich (ein Kandidat pro Sitz) und damit auch keine Wahl mehr.

Was einen — sehr relativen — Spielraum für direkte Volksbeeinflussung geboten hat, war die Wahlkampagne. Es handelt sich zweifellos um einen Aspekt der vielzitierten ungarischen «Liberalisierung». Echt ist aber auch sie nicht. Wohl konnten in etwa 30 Prozent der Fälle die gewünschten KP-Kandidaten nicht durchdringen, aber dass sie etwa durch oppositionelle Leute ersetzt würden, steht selbstverständlich ausser Diskussion. Die KP bereitet nach wie vor sämtliche Nominierungen vor.

Im Gegenteil liess sich sogar gerade dieses Jahr anhand offizieller Publikationen, die über dieses Thema sonst selten sind, in den organisatorischen Details nachweisen, wie sehr die Partei den gesamten Wahlgang unter Kontrolle hält.

Die Januarnummer der Parteizeitschrift «Partelet» erhielt Anweisungen zur Durchführung der Wahlkampagne. In diesem von Jozsef Toth, Chef der Abteilung für Agitation und Propaganda im Zentralkomitee, gezeichneten Aufruf heisst es etwa unter Ziffer III, «Die organisatorischen Fragen der Wahlen»:

«Die mit der Wahl zusammenhängende politische und organisatorische Arbeit wird von der Partei geregelt und gelenkt. Für die erfolgreiche Lösung dieser Aufgabe auf allen Gebieten ist das zuständige territoriale Parteiorgan verantwortlich. Die Volksfrontkomitees sollen unter den Massen breite politische Aufklärungsarbeit leisten, sie sollen den Parteiorganen bei der Aufwahl der Abgeordneten- und Ratsmitgliederkandidaten behilflich sein. Die zuständigen Parteikomitees sollen bei der Zusammenstellung der Wahlkommissionen verschiedenen Ranges sowie bei der Auswahl der Abgeordneten und Ratsmitglieder mit den Volksfrontkomitees zusammenarbeiten, sie sollen diese um ihre Meinung und Vorschläge bitten. Sie sollen der Organisation von Wahl- und Kandidierungsversammlungen sowie der Propagierung der Kandidaten Aufmerksamkeit schenken. Sie sollen die Bevölkerung zur aktiven Teilnahme an den Wahlen mobilisieren. Die Gewerkschaften, der Kommunistische Jugendverband, die Frauenräte und andere Gesellschaftsorgane müssen die politisch-organisatorische Arbeit vor allem unter ihren eigenen Mitgliedern und den Massen leisten. Die Parteiorgane sollen die Koordinierung der Tätigkeit der verschiedenen Massenorganisationen garantieren...

Die Mitglieder der verschiedenen Wahlkommissionen müssen, auf Grund der von den Volksfrontkomitees gestellten Kandidatur, von den Exekutivkomitees der zuständigen Räte bestätigt und vom Präsidenten des Exekutivkomitees vereidigt werden...»

Diese Organisationsmethode spricht ja für sich. Sie entspricht schliesslich dem offiziellen Zweck der Wahlen (nach der gleichen Quelle): «Die ungarische Volksrepublik und ihre Behörden — vom Parlament bis zu den Gemeinderäten — müssen durch die Wahlen politisch weiter gefestigt werden. Die führende Rolle der Partei, die Geltung der Parteipolitik kann in den Räten vor allem durch Kandidatur und Wahl von angesehenen erfahrenen Kommunisten gewährleistet werden.»

China

Via Exilregierung?

Vier Parlamentsmitglieder der Praja Sozialistischen Partei Indiens unterrichteten Premierminister Nehru davon, dass die rotchinesischen Behörden in Tibet nach zuverlässigen Informationen kommunistische Exilregierungen für den indischen Schutzstaat Bhutan und das Protektorat Sikkim aufgestellt haben. Diese aus einheimischen prochinesischen Elementen beider Randstaaten des Subkontinents gebildeten «Schattenkabinette» seien für den Fall eines chinesischen Einmarsches oder eines von Peking gesteuerten Putsches dazu bestimmt, die Verwaltung von Sikkim und Bhutan zu übernehmen. Von Rotchina würde bereits ein sanfter Druck auf Indiens Nachbarn ausgeübt, diese «Regierungen» anzuerkennen. — Offenbar wiederholt sich hier der «Fall Terioki» aus dem finnischen Winterkrieg 1939/40. Damals bildete Sowjetrussland in der finnischen Grenzstadt Terioki eine finnische Exilregierung unter dem Kominternsekretär Kuusiinen, die dann später sang- und klanglos in der Versenkung verschwand, als die erhoffte Eroberung Finnlands durch die Rote Armee am tapferen Widerstand der Finnen scheiterte.

Hintergründe des Spannungsverhältnisses Peking – Moskau (I)

Von Dr. *N. v. Ostrowska*

Die Ereignisse auf dem 6. Parteikongress der SED in Ostberlin haben der westlichen Welt mit aller Deutlichkeit das de facto bestehende Spannungsverhältnis zwischen Peking und Moskau kundgetan. Der chinesische Delegierte Wu Hsiu-ch'üan wurde niedergeschrien und führte dennoch mit eisigem Gesicht seine Ansprache zu Ende. Wu Hsiu-ch'üan ist 1909 geboren, stammt aus der Provinz Hupei, trat 1927 der KP Chinas bei, wurde in der Sowjetunion geschult und hat Universitätsbildung aufzuweisen. Er ist Mitglied des ZK der KP Chinas und war früher rotchinesischer Botschafter in Belgrad. Sonst bekleidet er offenbar keine Funktionen, ist also reiner Parteimann und für derlei Anlässe, wie der Parteikongress in Ostberlin, zur dritten Garnitur zu zählen. Dies mag auch der Grund sein, weshalb Chruschtschew seine Anwesenheit während der Rede des rotchinesischen Delegierten als nicht unbedingt erforderlich betrachtet haben mag, so dass die gegenseitige Nichtachtung beiderseitig war.

Den Inhalt der Rede Wu Hsiu-ch'üans bildeten kurz folgende Punkte: ein Angriff auf das Tito-Regime und seine konterrevolutionäre Strategie; die Unterstützung der Regierung Nehrus im Grenzstreit mit China durch die USA und von «einigen Leuten», die sich selbst Marxisten-Leninisten nennen und Recht und Unrecht verwechseln; der Vorwurf, dass Meinungsverschiedenheiten zwischen Bruderparteien vor dem Angesicht des Feindes in die Oeffentlichkeit gebracht werden; schliesslich wurde die Bewahrung der Einheit des sozialistischen Lagers gefordert. Diese Themenstellung lässt zunächst den Schluss zu, dass hier anhand von aktuellen Gegenwartsereignissen eine Problematik aufgegriffen wird, deren Inhalt erst in der jüngsten Vergangenheit, d. h. nach dem 22. Kongress der KPdSU, relevant geworden ist. Diese Konklusion ist aber nicht schlüssig.

Bevor wir auf die eigentlichen Hintergründe des Spannungsverhältnisses Peking—Moskau eingehen, sei noch festgestellt, dass der gleiche Delegierte, Wu Hsiu-ch'üan, auch an dem 8. Kongress der bulgarischen KP Anfang November 1962 in Sofia und anschliessend am 8. Kongress der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei Mitte November in Budapest teilnahm. Während Wu in seiner Budapester Rede im wesentlichen auf die wirtschaftlichen Schwierigkeiten Rotchinas einging, hielt er in Sofia eine grundsätzliche Rede, zu der die Berliner Ausführungen lediglich eine Ergänzung darstellen. Es scheint daher wichtig auf die wesentlichen Punkte der Sofioter Rede einzugehen.

In seiner Rede vom 8. November 1962 forderte Wu zunächst «eine breite Einheitsfront gegen den US-Imperialismus, *andere Imperialismen* und ihre Anhänger» und geht in dem Zusammenhang auf das Kuba-Problem ein. Neu in diesem Teil der Rede ist der Terminus «andere Imperialismen», mit welchem offensichtlich alle jene gemint sind, die mit Peking nicht konform gehen. Nachdem Wu die modernen Revisionisten des Verrates am internationalen Kommunismus bezichtigt, geht er auf die sogenannte «Einheit des sozialistischen Lagers» ein und stellt fest: «Die Beziehungen zwischen den brüderlichen Parteien und den brüderlichen Ländern (gemeint sind die Ostblockstaaten) basieren auf dem Marxismus-Leninismus und dem proletarischen Internationalismus... Jede kommunistische Partei und jedes sozialistische Land ist ein integraler Teil der internationalen proletarischen revolutionären Sache... Gleichzeitig sind alle kommunistischen Parteien und alle sozialistischen Länder unabhängig und gleichberechtigt und müssen gegenseitig die Unabhängigkeit, den Status der Gleichberechtigung und der Rechte respektieren». Er fordert die «strickte Beachtung» dieser Prinzipien und erklärt gleichzeitig, dass «alle Worte oder Taten, die diesen Prinzipien entgegengesetzt sind» im Widerspruch zur Einheit stehen und «nicht unterstützt» werden. Das heisst also, dass sich, nach Pekinger Auffassung, Moskau gegen diese Prinzipien vergangen hat und als Beispiel wird die «grundlose Kritik an der Albanischen Arbeiterpartei» angeführt, deren öffentliche Blossstellung «die internationale Solidarität des Proletariats zerstört». Es wird vorgeschlagen, dass alle Differenzen und entstehenden Probleme zwischen den «brüderlichen Parteien» durch Konsultation gemäss dem vorgenannten Prinzip gelöst werden sollen.

Demnach nimmt Peking, nach den Erklärungen Wu's, für sich in Anspruch für den «Schutz der Einheit des sozialistischen Lagers» einzutreten und immer eingetreten zu sein und bezichtigt Moskau des Zerstörens der internationalen Solidarität des Proletariats durch die Nichtachtung der gemeinsamen Prinzipien, die in der Moskauer Deklaration von 1957 und in der Moskauer Erklärung von 1960, wie es heisst, ausdrücklich von allen kommunistischen Parteien gebilligt worden sind. Nur ist dabei zu vermerken, dass es in der Moskauer Erklärung z. B. von «jugoslawischen Revisionisten» und nicht von «modernen Revisionisten», welch letzterer ein viel weiterer Begriff ist als der erstere, die Rede ist.

Gemäss der eigenen Auslegung der ideologischen Termini durch China und gemäss den oben genannten Prinzipien, wird von Peking offensichtlich Moskau das bisher innegehabte Lehramt abgesprochen und, obwohl alle sozialistischen Länder als gleiche unter gleichen angesehen werden, nimmt Peking dieses nunmehr offiziell für sich selbst in Anspruch. Die Stellungnahme Wu's auf dem Sofioter Kongress zu den, wie er sagt, einseitigen Erklärungen und der grundlosen Kritik an der Albanischen Arbeiterpartei, sind daher nicht nur politisch, sondern im wesentlichen auch ideologisch zu werten und insofern von zumindest ebenso weittragender Bedeutung. holung einer solchen fehlerhaften Praxis Er betont ausdrücklich, dass eine Wiederdie internationale Solidarität des Proletariats zerstört und eine solche nur dem gemeinsamen Feind, den Imperialisten, zum Vorteil gereichen kann.

Auf dieser Linie liegt auch die Forderung, dass gegen den «Dogmatismus» und das «Sektierertum» energisch und unnachgiebig gekämpft wird, ebenso wie gegen den «modernen Revisionismus» — der neue Sammelbegriff der chinesischen Terminologie —, der gegenwärtig als die Hauptgefahr in der internationalen kommunistischen Bewegung bezeichnet wird.

Diese hier kurz skizzierten Gegenwartsereignisse, deren Entwicklung und die sich daraus ergebende ideologische Polemik haben aber, wie bereits oben festgestellt, ihren tieferen Grund weder im Auftauchen der «albanischen Frage» noch in den sich auf dem 22. Kongress der KPdSU ergebenden Divergenzen, sondern diese liegen im wesentlichen in der Separatentwicklung der Chinesischen Kommunistischen Partei, der die Hilfe Stalins und der Komintern versagt blieb, und die sich nach der Machtergreifung sogar gegen die Lostrennung der Mandschurei und weiter Teile Sinkiangs gegen die Sowjetunion zur Wehr zu setzen hatte, begründet.

(Fortsetzung folgt)

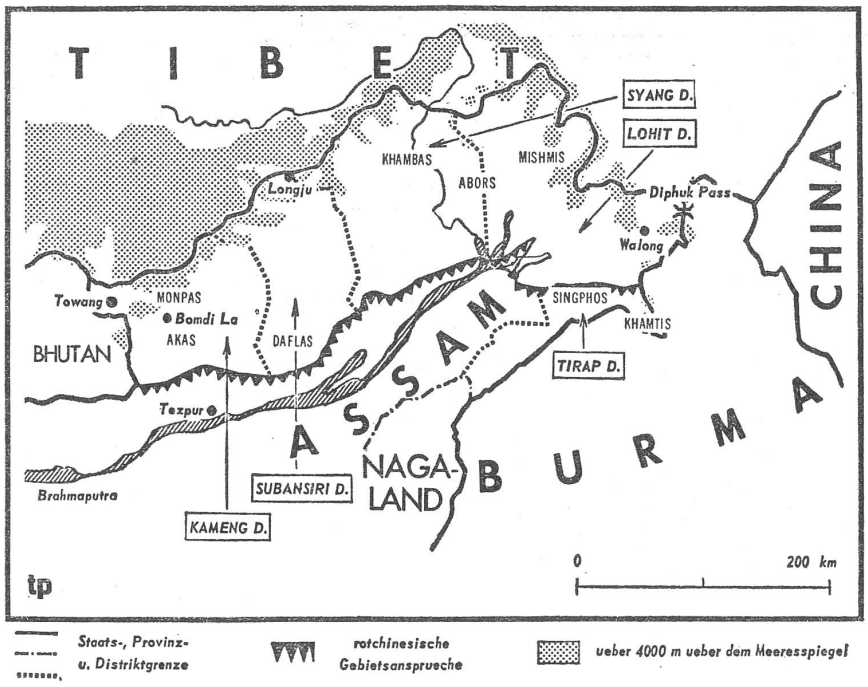
WU HSIU-CH'ÜAN

Chinesischer Delegationschef an allen letzten Parteitagen im europäischen Ostblock.

In der Stalin-Aera studierte der Funktionär zehn Jahre in Moskau Militärwissenschaft und Politik. Er erwarb sich rasch den Ruf eines Fachmannes in sowjetischen Fragen und griff auch dort vermittelnd ein, wo es aus Rivalität zwischen Mao und Stalin zu Spannungen kam. 1953 hielt er Ehrenwache am Sarg Stalins und fand nun vom Pekinger Aussenministerium aus ein unbeschränkt stalinistisches Betätigungsfeld. Zweimal war er ein Jahr Botschafter in Belgrad. Immer zu prekären Zeitpunkten, wenn Chruschtschew sich bemühte, das Eis zwischen Tito und Moskau aufzuhacken. 1955 erlebte er den Besuch Bulganins und Chruschtschews in Jugoslawien und sammelte seine ersten Erfahrungen im Umgang mit sowjetischen «Revisionisten».

Im Westen wurde er 1950 durch eine Rede vor dem Sicherheitsrat in New York bekannt.

Wu gilt als einer der aussichtsreichsten Anwärter auf die Nachfolge Mao Tsetungs.



China hat seine Gebietsansprüche gegenüber Indien im Himalaya unter dem Beifall der Sowjetunion und der europäischen Volksdemokratien vorderhand wieder zurückgestellt und wurde von Moskau für den Abbruch der Aggression vom letzten Herbst (siehe Darstellung) ausgiebig belobt. Wie Ulbricht vor dem SED-Parteitag ausführte, unterliess es Peking, seine kommunistischen Partner über die beabsichtigte Offensive zu konsultieren, was übrigens über die bisherige sowjetische Teilnahme an allen Angriffen kommunistischer Staaten (Korea) einiges aussagt. Die von China anvisierten Territorien an der MacMahon-Linie sind flächenmässig grösser als die Schweiz und beherbergen rund eine halbe Million Einwohner, die etwa 30 verschiedene Sprachen sprechen.

Strassenbau in Tibet

Eine 2000 Kilometer lange Strasse zwischen Lhasa, der tibetanischen Hauptstadt, und einer «Stadt in Südwestchina» wurde nach dem Bericht einer chinesischen Zeitung jetzt fertigerstellt. Es wird angenommen, dass die Strasse nach Iping (Suchow), am Oberlauf des Jantsekiang, führt. Insgesamt dürfte Tibet während der rotchinesischen Besetzung mit 8000 Kilometer Strassen versehen worden sein; sie wurden vorwiegend von Strafgefangenen und dienstverpflichteten Tibetanern gebaut. Nicht nur aus strategischen Gründen, sondern auch aus andern Erwägungen haben die Pekinger Kommunisten sich so sehr um den Ausbau ihrer Verbindungen nach Tibet bemüht. Im Hochland wurden grössere Uranvorkommen entdeckt.

DER KLARE BLICK ist die Zeitschrift des Schweizerischen Ost-Instituts zur Beobachtung der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung im Ostraum

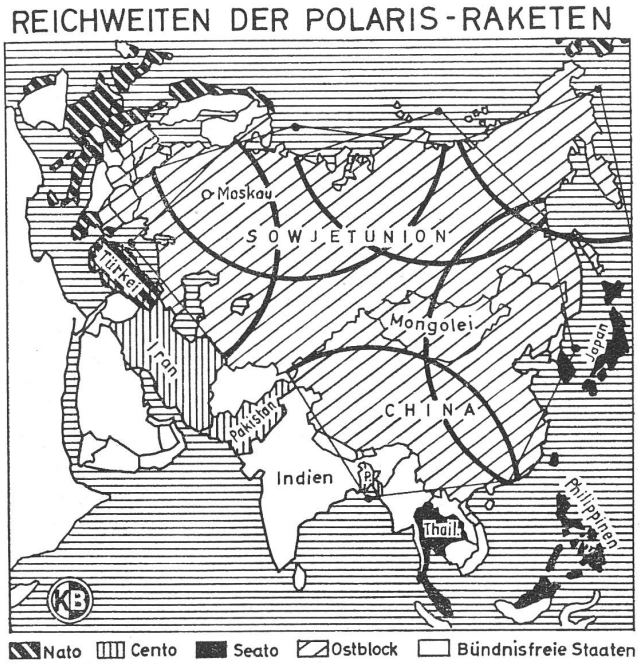
DER KLARE BLICK

Bern, 13. Februar 1963

Weitere Veröffentlichungen des SOI: Informationsdienst, Wirtschaftsdienst, Freier Korresp.-Dienst, Schriftenreihe Swiss Press Review and News Report.

Bewegliche Basen sind abschreckender

Aufsehen hat vor kurzem die Meldung von der Unterquerung des Polareises durch ein sowjetisches Atom-Unterseeboot erregt. Laut Moskau hätte dieses Ereignis sogar vor der entsprechenden «Nautilus»-Fahrt der USA stattgefunden und sei lediglich aus militärischen Gründen nicht an die grosse Glocke gehängt worden. So oder so ist anzunehmen, dass die sowjetische Bekanntgabe durch das wachsende Bewusstsein von der amerikanischen Stärke auf diesem Gebiet veranlasst wurde. Die Aufmerksamkeit, welche Washington nun schon seit Jahren dem Ausbau einer schweren Unterseebootflotte mit Raketenbewaffnung zuwandte, erhält durch die militärische und vor allem politische Verletzlichkeit der Landstützpunkte heute zunehmende Rechtfertigung. So können die Stützpunkte in der Türkei dank der Atom-Unterseeboote ohne militärische Schwächung geräumt werden, so werden auch andere militärische Basen abgebrochen werden können, die vielerorts ohnehin nicht mehr lange geduldet werden können. Nicht zuletzt wird der kommunistischen Propaganda ein zügiges Argument gegen die territorialen Uebergriffe des «Yankee-Imperialismus» weggenommen. Tatsächlich genügen den USA eine vollausgebaute U-Bootflotte mit nuklearem Antrieb, um militärische Aggressionsabsichten des Ostblocks eindämmen zu können. Die Polaris-Raketen mit ihrer Reichweite von 3000 Kilometer können praktisch das ganze kommunistische Territorium von militärischer Wichtigkeit bestreichen, wie unsere Karte zeigt. Ein Indiz mehr, dass es nicht die atomare Aggression des Kommunismus, die am meisten zu befürchten ist, sondern die organisatorische, wirtschaftliche, propagandistische. Und dazu die militärisch und halbmilitärische Aggression der lokalen Kriege, der bewaffneten Infiltration oder der von aussen versorgten Unruhen.



stände berücksichtigt werden, schrieb das Blatt, einschliesslich des Zustandes der Wohnungen und der verschiedenen «Extras».

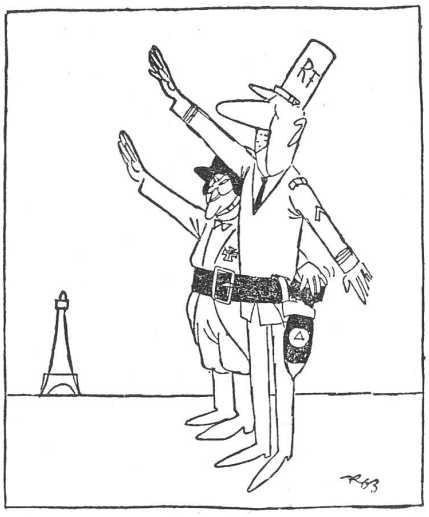
«Pravda» erklärt, die neuen Mieten würden für die grossen Familien günstiger ausfallen, mit Ausnahme der Fälle, wo drei oder vier Familienmitglieder verdienen.

Vermutlich dürften die Mieten für die kleineren Familien erhöht werden.

Zwiespalt

Die Figur des französischen Staatspräsidenten stellt nicht nur die westlichen, sondern auch die kommunistischen Kommentatoren vor Probleme. Einerseits triumphiert der Ostblock nicht zuletzt angesichts seiner eigenen Assoziationsschwierigkeiten im Comecon über das Scheitern der EWG-Verhandlungen mit England und hätte demnach allen Grund, den General als Held zu feiern. Anderseits ist das deutsch-französische Abkommen der kommunistischen Politik, deren erstes Ziel in Europa die Isolierung der Bundesrepublik ist, ebenso natürlich ein Dorn im Auge. Daraus ergibt sich eine Doppelsicht auf de Gaulle. Unsere beiden bulgarischen Zeichnungen illustrieren den jeweiligen Blickpunkt.

Der Bob-Kapitän: Los, fahren wir ohne ihn. Wenn sich der Dicke nicht dünn machen will, hat es für ihn ja doch keinen Platz. («Rabotnitschesko Delo»)



Zwei Führer. («Narodnija Armija»)

Justiz

Polen

Kritik am StGB

In Polen wird der Entwurf des neuen Strafrechts, der noch nicht vom Sejm (dem Parlament) formell genehmigt worden ist, heftig kritisiert.

Der wichtigste Einwand kommt von der einflussreichsten kommunistischen Wochenschrift «Polityka», die schrieb, unter den Bestimmungen des neuen Strafrechts sei es durchaus möglich, dass auch Unschuldige ins Gefängnis kommen könnten. Das Blatt gab zu, dass das neue Strafrecht als Ganzes gesehen, ein, wie es sich ausdrückte, «scharfes Werkzeug in den Händen der Gerichte» darstelle, gab aber der Befürchtung Ausdruck, ob es sich in der Praxis nicht doch als «zu scharf und nicht flexibel genug» erweisen könnte.

«Polityka» schreibt: «Eine wörtliche Auslegung einiger Artikel in dem Entwurf kann dazu führen, dass Leute ins Kittchen wandern, deren Schuld oder deren Gefahr für die Allgemeinheit nicht hundertprozentig erwiesen sind.»

Als Beispiel führte die Zeitung den Artikel 290 an, der lautet: «Eine Person, die ihren elterlichen oder Aufsichtspflichten gegenüber denjenigen, die sich in ihrer Obhut befinden, nicht nachkommt (und sei es auch nur aus Unkenntnis), macht sich des Vergehens schuldig, die Eingliederung eines jungen Menschen in das Allgemeinwohl behindert zu haben und wird dafür mit einer Gefängnisstrafe bis zu zwei Jahren oder mit einer entsprechenden Geldstrafe belegt.»

Soziales

CSSR

Mieten «zu niedrig»

Wie die Tageszeitung der slowakischen KP, «Pravda», meldete, sollen die Mieten in der Tschechoslowakei «neu festgesetzt» werden.

Das Blatt schrieb, im Augenblick seien die Mieten im allgemeinen «zu niedrig». Und trotzdem, so fügte das Blatt hinzu, gebe es Leute, die ihre Mieten nicht nur monatelang, sondern jahrelang nicht bezahlten. Bei der Neufestsetzung sollen alle Um-